

## **Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF): Zwangsheiraten im Haus der Religionen**

In der Moschee des Hauses der Religionen – Dialog der Kulturen (nachfolgend «Haus der Religionen») wurden Zwangsheiraten durchgeführt (vgl. entsprechende Medienmitteilung vom Haus der Religionen vom 15. November 2022, abrufbar über [www.haus-der-religionen.ch/medienmitteilung-missbraeuchliche-nutzung-der-moschee-im-haus-der-religionen](http://www.haus-der-religionen.ch/medienmitteilung-missbraeuchliche-nutzung-der-moschee-im-haus-der-religionen)).

Aus Medienberichten ergibt sich dazu, dass es sich bei den Zwangsheiraten um religiöse Rituale gehandelt habe, die insbesondere junge Frauen, die sich eigentlich nicht vermählen wollten, (sozial) zu binden. In einem der Fälle soll eine 18-jährige Frau so gegen ihren Willen mit einem Verwandten kirchlich vermählt worden sein (vgl. Artikel im «Bund» vom 15. November 2022, abrufbar über [www.derbund.ch/islamische-zwangsheiraten-im-haus-der-religionen-in-bern-251218579434](http://www.derbund.ch/islamische-zwangsheiraten-im-haus-der-religionen-in-bern-251218579434)). Diese Geschehnisse machen fassungslos. Zumal die Zwangsheiraten auf städtischem Grund stattfanden. In einem Haus, dessen kulturelles Angebot durch die Stadt Bern mit CHF 300'000 unterstützt wird.

Es stellen sich deshalb die folgenden Fragen, für welche vom Gemeinderat höflich um Beantwortung gebeten wird:

1. Sind die Vorkommnisse Grund, den mit dem Haus der Religionen eingegangenen Leistungsvertrag vom 28. November 2018 aufzulösen oder zumindest zu sistieren?
2. Bei Verneinung von Frage 1: Weshalb ist in dem mit dem Haus der Religionen eingegangenen Leistungsvertrag keine Klausel enthalten, welche es erlaubt, Leistungen bei derart gravierenden und dem Schweizer Rechtsstaat zuwiderlaufenden Praktiken wie Zwangsheiraten per sofort einzustellen?
3. Bei Verneinung von Frage 1: Wie stellt die Stadt Bern sicher, dass im Haus der Religionen künftig keine derart gravierenden und dem Schweizer Rechtsstaat zuwiderlaufenden Praktiken wie Zwangsheiraten mehr vorgenommen werden?

Bern, 24. November 2022

*Erstunterzeichnende: Florence Schmid*

*Mitunterzeichnende: Tom Berger, Dolores Dana, Simone Richner, Thomas Hofstetter, Vivianne Esseiva, Ursula Stöckli*